

## Zuwanderung als Lösung für den Fachkräftemangel? Was eine Würzburger Ökonomin vom Plan der Bundesregierung hält

*Weil der Arbeitsmarkt leergefegt ist, sollen Einwanderung und Einbürgerung erleichtert werden. Eine Garantie für mehr Fachkräfte sei dies nicht, warnt Christina Felfe.*

Ob Handwerk, Pflege oder IT: Fast überall in Deutschland fehlt es an Fachkräften. Die Bundesregierung will nun den Zugang auf den deutschen Arbeitsmarkt erleichtern und für Migrantinnen und Migranten Anreize setzen.

So soll den Plänen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zufolge eine Einbürgerung schon nach fünf statt bisher acht Jahren möglich sein – bei besonders guter Integration auch schon nach drei Jahren. Erleichtert werden sollen doppelte Staatsbürgerschaften. Während die Union die Pläne teils heftig kritisiert, kommt aus der Wirtschaft Unterstützung für eine solche Reform des Staatsbürgerschaftsrechts.

...

Die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, betonte die Bedeutung von Zuwanderung für den Arbeitsmarkt. "Es gibt wegen des demografischen Wandels kein Szenario, wo wir ohne größere Einwanderung auskommen", sagte Nahles der Süddeutschen Zeitung. Es brauche im Saldo 400.000 zusätzliche Arbeits- und Fachkräfte im Jahr. Sie forderte unter anderem einen Abbau von Bürokratie. "Der Arbeitsmarkt ist so aufnahmefähig wie seit 30 Jahren nicht mehr, und die Leute wollen arbeiten, egal aus welchem Land sie kommen."

...

Und doch tun sich Geflüchtete in Deutschland oft schwer, einen Job oder einen Ausbildungsplatz zu finden. Warum das so ist, hat die Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Christina Felfe von der Universität Würzburg mit weiteren Autoren in einer Studie untersucht. Größte Hindernisse sind demnach mangelnde Deutschkenntnisse sowie ein unsicherer Aufenthaltsstatus. Beides hält Unternehmen davon ab, Migrantinnen und Migranten einzustellen.

Insofern befürwortet Felfe die Perspektive einer früheren Einbürgerung: "Die Staatsbürgerschaft ist die ultimative Sicherheit, die man hier jemandem geben kann", sagt die Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre und Spezialistin für Arbeitsmarktökonomik.

Gleichwohl müssten die Betroffenen ihre Integration belegen, "dafür braucht es harte Kriterien". Deutschkenntnisse seien wesentlich überall dort, wo man mit Menschen arbeitet: "Sprache ist der Türöffner." Laut Studie wären viele Arbeitgeber sogar bereit, ein zusätzliches Lehrjahr zu finanzieren – wenn es berufsbegleitend für Sprachkurse genutzt wird. Die Politik, so Felfe, müsse hier gut abgestimmte Angebote schaffen. "Nicht unbedingt offene Deutschkurse für alle, sondern besser dezentral für Azubis in einem bestimmten Beruf."

... (hier der vollständige Artikel: [www.mainpost.de/10980780](http://www.mainpost.de/10980780))